

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 94 (2014)
Heft: 1021

Artikel: Korruption kriegt die Quittung
Autor: Huter, Mathias
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-736017>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

2 Korruption kriegt die Quittung

23 Hühner für ein Staatsbankett? In Georgien können die Bürger kritisch prüfen, was sich ihre Politiker genehmigen. Kein anderes Land hat im letzten Jahrzehnt effektiver gegen Korruption und Misswirtschaft gekämpft – mit politischem Willen, neuen Technologien und den richtigen Anreizen.

von Mathias Huter

Wasser und Strom gibt es nur einige Stunden am Tag. Ob man auf eine gute Universität kommt und Prüfungen besteht, hängt von den finanziellen Verhandlungen mit dem Professor ab. Auf einer längeren Autofahrt wird man zweimal grundlos von der Polizei aufgehalten, mit ein wenig Trinkgeld ist das Problem gelöst. Ein beliebtes Geschenk zum 18. Geburtstag: ein offizieller Führerschein, gekauft für 100 Dollar. Gerüchteweise bekommt man ihn billiger, wenn der Empfänger Auto fahren kann.

Im Jahr 2003 gilt Georgien als eines der korruptesten Länder der Welt. Der Staat, jahrelang geführt vom letzten sowjetischen Aussenminister Eduard Shevardnadze, hat abgewirtschaftet, existiert kaum noch. In der friedlichen Rosenrevolution kommen Reformer rund um Mikheil Saakashvili, damals 36 Jahre, an die Macht. «Georgien ohne Korruption» war der Wahlkampfslogan der Opposition. Kaum an der Macht, beginnt sie mit der Umsetzung.

Elf Jahre später ist Korruption aus dem Alltag der Leute verschwunden. Saakashvili und sein Team haben den Staat wieder aufgebaut, auch wenn sie oft – zu oft – unlautere Abkürzungen genommen haben. 2012 wird seine Partei im ersten demokratischen Machtwechsel aus dem Amt gewählt – auch aufgrund von systematischer Folter in den Gefängnissen.

Doch die Reformen wirken weiter: heute gibt nur ein Prozent der Befragten in Umfragen des Meinungsforschungsinstitutes Caucasus Research Resource Center (CRRRC) an, in den vorangegangenen 12 Monaten Schmiergeld bezahlt zu haben – ein Wert, den nur wenige westliche Länder erreichen. Die Südkaukasusrepublik liegt im jährlichen Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International derzeit auf Rang 55 von 178 – und damit besser als sieben EU-Mitgliedsstaaten.

Saakashvili und seine Mitstreiter erkannten, dass sie nur ein kurzes Zeitfenster hatten, um die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass es ihnen mit ihren Reformversprechen ernst war. Eines der grössten Probleme war die Polizei – wo die Regierung rigoros durchgriff und innert kürzester Zeit alle 16 000 Gendarmen feuerte (vgl. dazu S. 62). Ausgemistet wurde aber auch bei den Regulierungen: 2003 gab es in Georgien noch 909 verschiedene Genehmigungen und Lizenzen, viele aus Sowjetzeiten. 2011 waren davon nur noch 137 übrig. Ganze Behörden wurden zugesperrt. Die

Mathias Huter

arbeitet als freier Consultant zum Thema «Good Governance» in Wien. Bis April 2014 war er fünf Jahre lang in führenden Positionen für die Antikorruptionsorganisation Transparency International Georgia in Tbilisi tätig.

meisten Amtswege können heute online oder in futuristisch designten Verwaltungsgebäuden erledigt werden.

Seit 2003 hat sich der georgische Staatshaushalt mehr als vervierfacht. Möglich war dies nur, weil es der Regierung gelang, Steuern einzutreiben. Aus 21 komplexen Steuern wurden 7 Flat Taxes, die leichter einzuziehen sind. Ende 2010 übermittelten bereits knapp drei Viertel aller Steuerzahler ihre Erklärungen in elektronischer Form.

Um Betrug bei der Mehrwertsteuer zu bekämpfen, zwang Georgien 2012 alle Geschäfte des Landes, vom Elektronikhändler bis zur Gemüsefrau im Dorf, eine elektronische Registrierkasse mit eingebautem Mobilfunk-Chip einzusetzen. Darin musste der Wert einer Transaktion eingegeben werden, der in Echtzeit via Handynetz an das Finanzministerium weitergeleitet wurde. Von dort kam ein Code zurück, der dann auf die Rechnung gedruckt wurde. Die wurde so zum Lotterieschein, mit dem der Einkäufer Geld gewinnen konnte. Je mehr Käufer einen Beleg verlangten, desto mehr Händler zahlten Steuern. Eine derartige Kombination von wirtschaftlichen Anreizen und Technologie könnte vielleicht auch Italien, Griechenland und anderen Ländern mit grosser Schattenwirtschaft zu mehr Einnahmen verhelfen.

Auch was die Ausgaben angeht, setzt man in Georgien auf Innovation: Seit 2011 werden alle Beschaffungen öffentlicher Stellen über eine zentrale Webseite durchgeführt. Ähnlich wie bei Ebay können Unternehmen Gebote abgeben – nur dass diese niedriger sein müssen als die der Vorbieter. Das System setzt auf radikale Transparenz: alles ist für den Bürger einsehbar. Welche Firmen wie viel für welche Projekte bieten, wer disqualifiziert wurde und wer schliesslich den Zuschlag erhalten hat, dazu alle Dokumente und Verträge. Somit wird auch für Firmen nachvollziehbar, warum die Konkurrenz gewonnen hat. Auch die Konten der Verwaltung sind mit der Plattform verknüpft: jede Zahlung an eine Firma für einen

Auftrag wird öffentlich gemacht. Wer bei einem Vergabeprozess ein Problem sieht, kann formlos online Einspruch erheben, alle Beschwerden und Entscheidungen dazu sind einsehbar. Ebenso alle Budgets. So können Eltern sehen, wie viel Geld die Schule ihrer Kinder im aktuellen Jahr für neue Tische und Computer ausgeben kann. Seit 2012 geht man noch einen Schritt weiter: nun sind auch alle Rechnungen online, bis zum letzten Toilettenreiniger.

Die Öffentlichkeit kann so die Ausgaben des Staates kontrollieren. Und tut es. Vor kurzem sorgte eine Restaurantrechnung des Finanzministeriums für Aufregung: Mehr als 3500 Franken wurden für ein Abendessen mit einer Delegation von Weltbank und IWF ausgegeben. Hat man wirklich 23 ganze Hühner bestellen müssen? Als Reaktion auf die Medienkritik veröffentlichte das Ministerium den Menüplan für das nächste Festmahl (Supra) mit Diplomaten auf Facebook: wieder 25 Speisen für jeden Gast. «Bestellt den Hühnerlebersalat ab! So etwas isst doch niemand», lautete ein Kommentar.

Auch von den Lenkern des Staates wird Offenheit verlangt: Regierungsmitglieder, Abgeordnete und leitende Beamte – insgesamt mehr als 3000 Personen – müssen einmal im Jahr den Besitz und alle Verdienste ihres Haushaltes online offenlegen. In der Erklärung müssen etwa Boote, Kunstwerke, Motorräder und Autos mit einem Wert von mehr als 5000 Franken angegeben werden – samt Modell, Baujahr und Nummerntafel. Deklariert werden müssen auch sämtliche Grundstücke und Immobilien, Bankkonten, Firmenbeteiligungen, Aktien, Einkommen, Bargeld, Kredite sowie Verträge mit einem Wert von mehr als 1500 Franken. Auch erhaltene Geschenke mit einem Wert von mehr als 250 Franken und Ausgaben von mehr als 750 Franken müssen deklariert werden.

Die Vollständigkeit der Angaben in den Offenlegungen wird zwar nicht von staatlicher Seite kontrolliert, jedoch müssen sich etwa Parlamentarier von Medien unangenehme Fragen stellen lassen, wenn herauskommt, dass sie eine Firmenbeteiligung ihres Ehepartners oder ein Grundstück nicht korrekt gemeldet haben. Medien und Nichtregierungsorganisationen können zumindest einen Teil der Angaben auf ihre Richtigkeit überprüfen – sowohl das Firmenverzeichnis samt Unternehmenseigentümer als auch das Grundbuch sind kostenlos online zugänglich.

Auch Parteispenden müssen in Georgien – anders als in der Schweiz – regelmässig bis auf den letzten Franken offengelegt werden, vor Wahlen im 3-Wochen-Rhythmus. Diese Daten erlauben neuartige Analysen: So zeigte sich, dass über drei Jahre staatliche Aufträge im Wert von mehr als 100 Millionen Franken ohne Ausschreibung an Firmen im Besitz von hohen Beamten und Parlamentariern oder deren Ehepartnern gegangen waren. 60 Prozent aller Spenden erhielt die damalige Regierungspartei 2012 von Unternehmen, die ebenso Verträge ohne Ausschreibung erhalten hatten – der Wert der Spenden lag durchschnittlich bei 4 Prozent des Auftragswertes. Transparenz kann Korruption nicht völlig verhindern. Aber sie kann sie zurückdrängen, weil sie schwerer zu verschleiern ist. Vom Beispiel Georgien könnte auch so manches Land in Westeuropa noch etwas lernen. ◀

Nicolas Hayoz

Software statt Hardware

Was hat die Untersuchung von häuslicher Gewalt mit Studien zum kulturellen Umfeld von Unternehmen oder zum Aufbau einer meritokratisch orientierten öffentlichen

Verwaltung zu tun? Der gemeinsame Nenner ist die sozialwissenschaftliche Thematik. Das ASCN (Academic Swiss Caucasus Net, siehe www.ascn.ch), ein von der Gebert-Rüf Stiftung unterstütztes Forschungsförderungsprogramm für Armenien und Georgien, beschäftigt sich genau mit solchen Fragestellungen.

Durch «Capacity Building» wird angehenden Forschern die Möglichkeit geboten, sich in ihrer Disziplin weiterzubilden und Anschluss zu finden an europäische Forschungsstandards. Darin liegt die Originalität des ASCN: in der Verknüpfung der Forschungsförderung und der Unterstützung der Ausbildung junger Forscher. Das ASCN gehört zu den wenigen Förderprogrammen in Transformationsländern, die nicht auf «Hardware», auf technischer Unterstützung oder auf «Top down»-Ansätzen beruhen. Es geht im Gegenteil um Investition in «Software», in die Ausbildung von Sozialwissenschaftlern. Das tun die meisten Förderprogramme schon deswegen nicht, weil sie die Rolle der Sozialwissenschaften in schwierigen Ländern entweder unterschätzen oder weil ihnen die Geduld fehlt, ein entsprechendes Netzwerk und Vertrauen vor Ort aufzubauen. In der Schweiz tut dies nur die Deza mit einem Forschungsförderungsprogramm im Westlichen Balkan, das ebenfalls von der Universität Fribourg gemanagt wird (<http://www.rppp-westernbalkans.net>). In Deutschland baut nun auch die Volkswagenstiftung ein ähnliches Förderprogramm auf – für den Südkaukasus und die zentralasiatischen Länder.

Bezeichnenderweise handelt es sich hier um Programme, die auf Zeithorizonte von mindestens acht Jahren angelegt sind. Gerade im Bereich der Sozialwissenschaften, die in den postsowjetischen Ländern lange vernachlässigt worden sind, braucht es sehr lange, um ein entsprechendes Forschungspotential aufzubauen.

Das ASCN zeigt seit 2009 erfolgreich, dass auch mit bescheidenen Mitteln Grosses erreicht werden kann: Für Dutzende von jungen Forschern stellte und stellt das ASCN die Möglichkeit dar, ihre Forscherkarriere voranzutreiben, sich zu vernetzen und ihre Kapazitäten zu verstärken. In diesem Sinne nimmt das Forschungsnetzwerk ASCN auch Anteil am Wandel in jenen Ländern.

Nicolas Hayoz ist Professor für Politikwissenschaft und Direktor des Osteuropa-Instituts an der Universität Freiburg i.Üe.